



DER OSTDEUTSCHE HEIMATDIENST UND DIE VOLKSABSTIMMUNGSZEIT IN OSTPREUSSEN. DER ANFANG VOM ENDE DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ?

Stefan Thierfelder

Abstract

A fierce national East Prussia-related conflict between Germans and Poles after the First World War basically contrasted with the prewar situation in the province. After the decision taken at the Paris Peace Conference in 1919 to hold a plebiscite in two governmental districts of this German province on their inhabitants' political affiliations, the vast population there had to take a test on the basic choice of their political, and simultaneously cultural, orientation. Today, researchers agree that the plebiscite of 1920 caused irreversible damage to the multiethnic area. There is no doubt that the so-called *Ostdeutscher Heimatdienst* organisation strongly contributed to this. The article raises questions as to what circumstances promoted the establishment of the organisation, who its principal actors were, and how they affected the East Prussian population.

Key words: East Prussia, the Versailles system, German-Polish relations, propaganda, *Ostdeutscher Heimatdienst*.

Anotacija

Nuožmus nacionalinis konfliktas dėl Rytų Prūsijos, kilęs tarp vokiečių ir lenkų po Pirmojo pasaulinio karo, iš esmės kontrastavo su ikikarine padėtimi šioje provincijoje. 1919 m. Paryžiaus taikos konferencijoje nusprendus dviejose šios Vokietijos provincijos apygardose surengti gyventojų apklausą dėl jų politinės priklausomybės, plačios šių apskričių gyventojų masės turėjo išlaikyti bandymą dėl fundamentalaus jų politinės ir sykiu kultūrinės orientacijos pasirinkimo. Ligšioliniuose tyrimuose sutariama, kad 1920 m. plebiscitas daugiaetnei kaimynystei padarė negrįžtamą žalą. Nekyla abejonių, kad prie to smarkiai prisidėjo vadinamoji *Ostdeutscher Heimatdienst* organizacija. Straipsnyje keliama klausimai, kokios aplinkybės atvedė prie šios organizacijos steigimo, kas buvo pagrindiniai jos veikėjai ir kokią poveikį jie turėjo Rytų Prūsijos gyventojams.

Pagrindiniai žodžiai: Rytų Prūsija, Versalio sistema, vokiečių ir lenkų santykiai, propaganda, *Ostdeutscher Heimatdienst*.

Stefan Thierfelder, MA, postgraduate student, University of Greifswald, Faculty of Philosophy, Rubenowstraße 3, D-17487 Greifswald, Germany. Email: stefan.thierfelder@gmail.com

Am 2. August 1919, kurz nach der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags, erschien folgender Aufruf in einem ostpreußischen Wochenblatt:

die Heimat ist in Not und Gefahr! Noch wissen wir nicht, ob unsere braven Masuren deutsch bleiben oder von den Polen verschlungen werden. Auf jeden Fall bleibt Ostpreußen als kleine Insel des Deutschtums zurück, rings umbrandet von slavischer Flut. Deshalb müssen wir alle unsere Kräfte zusammenfassen. Jeder muss sich nicht nur als Deutscher fühlen, sondern auch sein Deutschtum betätigen.¹

Der erbitterte nationale Konflikt zwischen Deutschen und Polen um Ostpreußen, wie er hier zum Ausdruck kommt, steht in deutlichem Kontrast zu einer langen historischen Entwicklung. Noch am Vorabend des Ersten Weltkriegs überwogen im südlichen Ostpreußen die lokalen, national weitgehend indifferenten Lebensentwürfe und die Landbevölkerung sprach mehrheitlich einen mit vielen Archaismen und Germanismen durchsetzten polnischen Dialekt. Eine deutschsprachige Bürgerschicht, die am gesamtstaatlichen Leben Preußens und des deutschen Kaiserreichs aktiv Anteil nahm, hatte sich nur in den größeren Orten herausgebildet. Anders als in den anderen preußischen Gebieten der deutsch-polnischen Kontaktzone fehlten in Ostpreußen die typischen Phänomene der deutsch-polnischen nationalen Auseinandersetzung: Zwar bestanden lokale Gruppen des Ostmarkenvereins und die preußische Verwaltung beobachtete nationalpolnische Bestrebungen genau; die polnische Presse war aber nur schwach ausgebildet und stieß unter den Masuren auf wenig Interesse. Auch der katholische Klerus des Ermlands wirkte nicht polnisch nationalisierend, die katholische Obrigkeit dort war weitgehend deutschsprachig.

Bis zum Ersten Weltkrieg hatte sich in Ostpreußen daher noch keineswegs das nationale Prinzip als primäres Identitätsmerkmal etabliert; diesbezüglich kommt jedoch der unmittelbaren Zeit nach dem Ersten Weltkrieg entscheidende Bedeutung zu: Im Kontext der Bestimmung einer neuen Grenzlinie zwischen dem Deutschen Reich und der neuen Republik Polen wurde auf der Pariser Friedenskonferenz entschieden, in Ostpreußen ein Plebiszit anzusetzen. Nun musste sich die breite Masse der Bevölkerung in dessen ethnisch gemischtem Süden einer fundamentalen Entscheidung zwischen „deutsch“ oder „polnisch“ unterziehen. Die Forschung ist sich einig, dass durch die Volksabstimmungszeit das multiethnische Miteinander unumkehrbar beeinträchtigt wurde. Es besteht ebenso kein Zweifel daran, dass der sogenannte *Ostdeutsche Heimatdienst* daran maßgeblichen Anteil hatte.² Doch welche Umstände führten zu seiner Entstehung und wer waren seine Akteure? Wie wirkten diese auf die Menschen in Ostpreußen ein?³

¹ SKOWRONNEK, F. Was ist Heimatdienst? *Die Heimat*, 02.08.1919, Nr. 9.

² Vgl. KOSSERT, A. *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956* (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien, Bd. 12). Wiesbaden, 2001, S. 145–166; BLANKE, R. *Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871*. Köln u.a., 2001, S. 115–196.

³ Vorliegende Überlegungen sind Teil meines Dissertationsprojekts, das derzeit (Stand Sommer 2014) an der Universität Greifswald entsteht.

I.

Der eingangs zitierte Aufruf stammt von Fritz Skowronnek, einem ostpreußischen Heimatschriftsteller, welcher selbst masurische Wurzeln hatte⁴. Er gehörte der akademisch gebildeten Mittelschicht an, die in den ersten Jahrzehnten nach der Reichsgründung 1871 geboren worden war. Das Zitat ist ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie die Angehörigen dieser gesellschaftlichen Trägerschicht die Zeit nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und die zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbaren Folgen des Versailler Vertrags in Ostpreußen wahrnahmen.

86

Zum Verständnis dieser Personen lohnt es sich die Lebenswelt, die sie prägte, näher zu beleuchten: Die Epoche, in der diese Menschen aufwuchsen, war von weitreichenden Wandlungsprozessen gekennzeichnet. Sie erlebten ein gewaltiges Bevölkerungswachstum. Die Infrastruktur wurde massiv ausgebaut. Nachrichten von Ereignissen im ganzen Reichsgebiet fanden sich meist noch am selben Tag in den Redaktionen der örtlichen Lokalpresse. Die Mobilität erreichte ein bis dato noch nicht gekanntes Ausmaß. Angesichts einer sich schnell verändernden Berufswelt, Landflucht und Urbanisierung schienen sich die alten Bindungen der Gesellschaft aufzulösen. Mit der Sozialdemokratie und dem politischen Katholizismus stellten konkurrierende Werteordnungen die Grundpfeiler des protestantisch-preußischen Staates in Frage. Während der preußische Staatspatriotismus auch die Angehörigen ethnischer Minderheiten mit einschließen konnte, stellte deren Existenz für den aufkommenden deutschen Nationalismus eine Herausforderung dar. Dieses scheinbare Fehlen einer gemeinschaftlichen Basis der Bevölkerung ließ neue Erklärungen für die eigene Herkunft und Existenz notwendig erscheinen. Die Sehnsucht nach einer Selbstverortung machte dabei die Vorstellung von einem ethnisch gedeuteten *Volks* attraktiv. Der Beginn des Ersten Weltkriegs im August 1914 ließ nun aus der Utopie scheinbare Wirklichkeit werden: Im Angesicht der feindlichen Bedrohung wurde ein nationales Einheitsgefühl stilisiert, durch welches sich erstmals eine egalitäre Volksgemeinschaft zu erfüllen schien, die nicht zuletzt auch Sozialdemokraten, Katholiken sowie Minderheiten einschloss.⁵

Der Schock des Zusammenbruchs und die damit offenbarte Schwäche des deutschen Staates bei Kriegsende 1918 hätte dazu nicht kontrastreicher sein können: Der vierjährige Krieg entzog der alten monarchischen Ordnung die Legitimationsbasis und so brach das bisherige politische System im Herbst 1918 in kürzester Zeit in

⁴ Vgl. zur Familie Skowronnek u.a. NAMOWICZ, T. Die Grenze zu Polen. Richard Skowronneks „ostpreußische Romane“. In NAMOWICZ, T.; GOLEC, I. *Literatur im Kulturgrenzraum*. Bd. 3. Lublin, 1997, S. 19–38.

⁵ Vgl. BRUNDEL, S. *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Idee von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*. Berlin, 2003, S. 31–59; WILD, M. *Volksgemeinschaft*. Version: 1.0. In *Docupedia-Zeitgeschichte*, URL: <http://docupedia.de/zg/> [Stand 3.06.2014].

sich zusammen. Die Masse der kleinen Leute forderte jetzt ihr Recht auf Mitbestimmung ein. Der innere Zusammenhalt des deutschen Volkes schien aufgelöst zu sein.⁶ Insbesondere die zweite Phase der Revolution um die Jahreswende 1918/1919 mit ihren gewaltsamen Straßenkämpfen in Berlin erzeugte beim bisher tonangebenden Bürgertum die Furcht vor einem grundlegenden Umsturz. Die deutsche Novemberrevolution hinterließ eine tief sitzende Verunsicherung.

Diese innenpolitischen Krisenfaktoren bekamen durch die außenpolitischen Begleitumstände einen besonderen Wirkungszusammenhang: Bei Kriegsende waren noch weite Teile des ehemaligen Zarenreichs von deutschen Truppen besetzt. Der russische Bürgerkrieg schlug die deutschen Besatzer um die Jahreswende 1918/1919 nun förmlich in die Flucht und ließ ein Überschwappen der bolschewistischen Revolution in Preußens östlichste Provinz Ostpreußen als reale Möglichkeit erscheinen. Hinzu kamen die im Oktober 1918 klar formulierten, auf ethnischer Basis begründeten polnischen Forderungen⁷ nach ostpreußischem Territorium.

II.

Angesichts dieser Entwicklungen initiierte der Oberpräsident von Ostpreußen, Adolf von Batocki, in Königsberg [Kaliningrad] ein Komitee, in welchem „führende Männer der Provinz“ zusammentraten, um die ostpreußischen Standpunkte gegenüber Polen vorzubereiten.⁸ Sämtliche deutschen Entgegnungen, wie zum Beispiel die Erklärung der 23 städtischen Körperschaften des Regierungsbezirks Allenstein [Olsztyn]⁹, schienen jedoch bei den alliierten Siegern wirkungslos zu verhallen. Aus dem genannten Komitee und anderen ad hoc formierten Gruppierungen entstand deshalb im Januar 1919 der so genannte *Ostpreußische Heimatdienst*.

Die Aktivisten des Heimatdienstes einte die Unsicherheit über die staatliche Zukunft und das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber den Entwicklungen innerhalb und außerhalb Deutschlands. Als argumentativer Haltepunkt bot sich daher das *Heimat-Bild*

⁶ Einen Einblick in die Gefühlslage der bürgerlich-konservativen Kreise bietet LAWIN, G. *Die Volksabstimmung in Westpreußen*. Königsberg, 1926, S. 31.

⁷ Vgl. dazu die prägnante Zusammenfassung bei SCHULZE, H. *Der Oststaat-Plan 1919. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1970, Jhg. 18, Hf. 2, S. 123–124.

⁸ Tätigkeitsbericht über die Zeit von der Gründung bis zum 1. Juli 1919, erstattet vom Ostdeutschen Heimatdienst, Landesverband Ostpreußen, 15.07.1919. *Archiwum Państwowe w Olsztynie* (fortan APO), 388/217.

⁹ In ihr heißt es: „wir [erklären], daß unsere Bevölkerung deutsch ist und bleiben will. Wir erheben darum schärfsten Widerspruch gegen jede Abtretung ostpreußischen Grund und Bodens und gegen jede Trennung Ostpreußens vom deutschen Vaterlande“: Protest gegen die Abtretungsforderungen, 4.11.1918. APO, 248/17.

an,¹⁰ weshalb diese Menschen im Folgenden als *Heimataktivist*¹¹ bezeichnet werden. Der Heimat-Diskurs wird insbesondere bei Max Erwin von Scheubner-Richter deutlich, der dem Heimatdienst von März 1919 bis Mai 1920 als Obmann vorstand. Er umriss die Handlungsmotivation der Heimataktivist bei Gründung des Heimatdienstes folgendermaßen:

Nur die Selbsthilfe konnte hier noch Rettung bringen, und diese Selbsthilfe konnte nur kommen aus den Kreisen der Bürgerschaft, die geführt werden musste von Männern, die angesichts des uns umgebenden Chaos noch nicht alle Kraft und den Mut zur Rettung des Heimatbodens verloren hatten.¹²

88

Der neue Heimatdienst machte sich laut eines Rechenschaftsberichts die „Bekämpfung“ des „inneren und äußeren Bolschewismus“ sowie der „großlitauischen und großpolnischen Gefahren“ zur Aufgabe¹³ und sah seinen Zweck darin, „über die[se] dem Osten Deutschlands drohenden Gefahren aufzuklären, die Abwehrmaßnahmen dagegen einheitlich zu organisieren und das Heimatgefühl zu stärken.“¹⁴ Hierfür etablierten die Heimataktivist ein äußerst flexibles Organisationsgeflecht, welches sich im undefinierten Raum zwischen Staatlichkeit und Zivilgesellschaft bewegte: Da seit der Revolution viele Entscheidungswege unklar waren und der Ostpreußische Heimatdienst von den höchsten zivilen und militärischen Dienststellen Ostpreußens protegiert wurde, konnte er freiwerdende staatliche Ressourcen nutzen. So bezog er beispielsweise Büroräume im Königsberger Schloss, die zuvor das Evangelische Kirchenkonsistorium genutzt hatte und nach dem Verlust seines Staatskirchenstatus im März 1919 räumen musste.¹⁵ In Anbetracht der ungewissen Zukunftslage des Deutschen Reichs zwischen der Kapitulation am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Friedensvertrags am 28. Juni 1919, unterstützten alle politischen Kräfte mit Ausnahme der äußersten Linken das Wirken des Heimatdienstes. Dies manifestierte sich vor allem im „Ostparlament“, welches eine enge Kooperation mit dem Heimatdienst einging: Die in der Nationalversammlung vertretenen Abgeordneten

¹⁰ Die Heimatbewegung im ostpreußischen Abstimmungsgebiet. *APO*, 388/184. Vgl. Zum Bedeutungsgewinn des Heimat-Bilds nach dem Ersten Weltkrieg in Ostpreußen insbesondere TRABA, R. *Ostpreußen – die Konstruktion einer deutschen Provinz. Eine Studie zur regionalen und nationalen Identität 1914–1933* (Klio in Polen, Bd. 12). Osnabrück, 2010, S. 144 ff.

¹¹ Mit dem von mir eingeführten Analysebegriff „Heimataktivist“ umschreibe ich in meiner Forschung die im Umkreis des Heimatdienstes engagierten Personen (vgl. Anm. 3).

¹² SCHEUBNER-RICHTER, M. E. von. Vom Kampf um die deutsche Ostmark. Tätigkeitsbericht des Obmanns des Ostdeutschen Heimatdienstes für die Zeit vom 1. Februar 1919 bis zum 1. Juni 1920. In LEVERKUEHN, P. *Posten auf ewiger Wache. Aus dem abenteuerlichen Leben des Max von Scheubner-Richter*. Essen, 1938, S. 199–222, hier S. 201.

¹³ Tätigkeitsbericht (wie Anm. 8). *APO*, 388/217.

¹⁴ Satzung des Ostdeutschen Heimatdienstes, Landesverband Ostpreußen e.V. *APO*, 388/1.

¹⁵ Tätigkeitsbericht (wie Anm. 8). *APO*, 388/217.

der östlichen Landesteile Preußens trafen sich im Mai und Juni 1919 parteiübergreifend in Danzig, um ein gemeinsames Vorgehen bezüglich der Friedensforderungen abzustimmen.¹⁶ Personifiziert wurde diese Zusammenarbeit vor allem durch August Winnig. Dieser SPD-Funktionär war zunächst Vertreter der deutschen Revolutionsregierung im Baltikum und ab Januar 1919 Reichskommissar mit Sitz in Königsberg, von wo aus er den Schutz der deutschen Ostgrenze gegenüber dem Bolschewistischen Revolutionskrieg koordinieren sollte.¹⁷ Mit Winnig kamen aus den aufgelösten deutschen Besatzungsbehörden von Ober Ost Personen nach Ostpreußen, die zu den führenden Heimataktivist*innen wurden. Auf diese Weise gelangte unter anderem der oben zitierte Scheubner-Richter zum Heimatdienst.¹⁸

Dem Ostpreußischen Heimatdienst gelang es schließlich im Frühjahr 1919 unter dem Namen *Zentralausschuss für den Ostdeutschen Heimatdienst* die Funktion eines Dachverbands unterschiedlicher Propagandaorganisationen zivilen und militärischen Ursprungs zu erlangen. Solchermaßen zum „Ostdeutschen Heimatdienst“ geworden, beanspruchte der bisherige *Ostpreußische* Heimatdienst den Status einer Interessenvertretung „aller Ordnung und Arbeit liebenden Teile der Bevölkerung, ohne Unterschied des Geschlechts, der Partei und des Glaubens“¹⁹ für den gesamten preußischen Osten.

Um bei den alliierten Siegern kein Misstrauen zu erregen, trat der Ostdeutsche Heimatdienst in Presseerklärungen und anderen öffentlichkeitswirksamen Gelegenheiten als private Initiative auf.²⁰ Ihm gelang es jedoch auf subtile Weise an staatliche Gelder zu gelangen, indem er die Vertretung der *Reichszentrale für Heimatdienst*²¹ in Ostpreußen wahrnahm, und so mittelbar die staatlichen Geldzuwendungen steuern konnte.²²

Eine Hauptsorge des Heimatdienstes war im ersten Halbjahr 1919, dass Kriegsheimkehrer an der Ostfront mit bolschewistischen Werbern in Berührung kämen und nun vor Ort in ihren Heimatorten gleichsam neue Zellen kommunistischer Agitation bildeten. Hintergrund ist, dass sich bei Kriegsende noch eine halbe Million deutscher Soldaten auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreichs befand. Auch hier bildeten sich im Zuge der Revolution in Deutschland Soldatenräte. Der Truppenrücktransport, welcher sich über

¹⁶ Die Politik des Zentralausschusses, 6.06.1919. *APO*, 388/2; *Antispartakus. Wie man über die von innen und außen drohenden Gefahren aufklärt*. Hrsg. vom Zentral-Ausschuß für den Ostdeutschen Heimatdienst. 2. Aufl. Königsberg, 1919, S. 42–43. Vgl. SCHULZE, H. Op. cit., S. 151–154.

¹⁷ Vgl. SCHULZE, H. Op. cit., S. 129–132.

¹⁸ LEVERKUEHN, P. Op. cit., S. 180–182.

¹⁹ Tätigkeitsbericht (wie Anm. 8). *APO*, 388/217.

²⁰ Aufruf zur Mitarbeit „Sehr geehrter Herr!“, 28.04.1919. *APO*, 388/22.

²¹ Die Reichszentrale für Heimatdienst [fortan RfH] war das Amt in der Weimarer Republik, mit welchem die jeweils gewählte Reichsregierung Bildungspolitik durch Öffentlichkeitsarbeit betreiben konnte. Es entsprach der heutigen Bundeszentrale für politische Bildung. Die RfH entstand im selben Zeitraum wie der Ostdeutsche Heimatdienst. Die Namenswahl ist ein Indiz für die Aktualität des Heimatdiskurses in jener Zeit.

²² Brief an Reichskommissar Winnig, 13.06.1919. *APO*, 388/11.

Monate hinzog, lief über Ostpreußen.²³ Die letztlich unbegründete, jedoch umso wirkmächtigere Idee vom kommunistisch manipulierten Veteranen veranlasste den Heimatdienst zu einer starken Ausweitung seiner anfangs auf Königsberg zentrierten Tätigkeit: Für jeden Landkreis wurde ein „Kreisleiter“ gewonnen, der seinerseits Vertrauensleute um sich scharen sollte.²⁴ Es folgte eine rastlose „Aufklärungsarbeit“: Nach eigener Aussage hielt der Ostdeutsche Heimatdienst angeblich 25 Rednerschulungen ab und schulte 1 000 Personen in Mundpropaganda.²⁵ Hierfür hielt man es für angebracht, unter dem harmlos klingenden Tarnnamen „Aufklärungsdienst Ost“ zu agieren.²⁶

III.

90

Als in Paris die Kommission der Friedenskonferenz zur Klärung der zukünftigen deutschen Grenze tagte, war Deutschland nicht zum Verhandlungstisch zugelassen. Die polnische Delegation hatte die Möglichkeit, sich mit einem Expertengremium zu beteiligen und ihre Landforderungen eingehend darzulegen, worüber auch die Presse berichtete. Im März 1919 wurde bekannt, dass für den polnischsprachigen Süden Ostpreußens ein Plebiszit vorgesehen wurde, in welchem die Einwohner bekennen sollten, ob sie bei Ostpreußen verbleiben, oder zu Polen gehören wollten. In der deutschsprachigen Bürgerschicht herrschte Skepsis darüber, ob die bisher staatsloyalen und königstreuen Masuren und Ermländer Deutschland im Ernstfall wirklich die Treue halten würden.²⁷

Die von den Alliierten geplante Landung der sogenannten Haller-Armee in Danzig zur Unterstützung Polens im Krieg gegen die Rote Armee gab nun für zahlreiche Bürger den Anstoß, als Heimataktivisten aktiv zu werden. Anlass war die Befürchtung, diese 40 000 Mann starke Truppe würde Ost- und Westpreußen direkt besetzen und damit den Friedensvertrag vorweg nehmen, wie es zuvor mit der Provinz Posen im Großpolnischen Aufstand geschehen war. Daher bildete sich, initiiert vom örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat, ein „Arbeitsausschuss gegen die Polengefahr in Allenstein.“²⁸

²³ Vgl. ERFURTH, W. *Die Geschichte des deutschen Generalstabes von 1918–1945*. Berlin, Frankfurt, 1957, S. 31–34.

²⁴ Richtlinien für die Arbeit der Kreisleiter des Ostdeutschen Heimatdienstes. *APO*, 388/2.

²⁵ Tätigkeitsbericht (wie Anm. 8). *APO*, 388/217.

²⁶ Brief an den Wirtschafts-Politischen Aufklärungsdienst, 13.6.1919. *APO*, 388/2. Der Heimatdienst agierte unter einer Vielzahl von Namen, die teilweise auch nur für „Abteilungen“ gelten, so gab es neben dem „Aufklärungsdienst Ost“ auch den „Wirtschafts-Politischen Aufklärungsdienst für den Osten“ sowie den „Truppenaufklärungsdienst Ost.“

²⁷ EICHLER, A. *Deutschtum im Schatten des Ostens. Ein Lebensbericht*. Dresden, 1942, S. 456–459.

²⁸ Protokoll über die am 25. März 1919 im Stadtverordneten-Sitzungssaal zu Allenstein stattgefundene Sitzung gegen die Lostrennungsbestrebungen seitens Polen. *APO*, 259/473. Vgl. WORGITZKI, M. *Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen. Der Kampf ums Ermland und Masuren*. Leipzig, 1921, S. 73. Die Sorge, die Polen könnten die schwache Position Deutschlands ausnützen und mit Mitteln der Gewalt

Der Zufall wollte es, dass Anfang April 1919 in Allenstein eine Zweigstelle des *Aufklärungsdienstes Ost*, gebildet worden war. Dieser hatte den propagandae erfahrenen Adolf Eichler als Heimataktivist gewonnen.²⁹ Eichler schuf im ganzen späteren Abstimmungsgebiet, bestehend aus den neun Landkreisen des Regierungsbezirks Allenstein [Olsztyn] sowie dem Landkreis Oletzko [Marggrabowa/Treuburg/Olecko] ein Netz aus Vertrauensleuten für den Heimatdienst. Im Zuge der organisatorischen Vereinheitlichung unter dem Dach des Zentralausschusses, verband sich im April 1919 die Zweigstelle des Aufklärungsdienstes mit dem lokal initiierten Aktionsausschuss zur *Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes*.³⁰

Mit Übergabe der alliierten Friedensbedingungen an Deutschland am 7. Mai 1919 trat für den Ostdeutschen Heimatdienst die bisherige antibolschewistische Agitation in den Hintergrund³¹ und man konzentrierte sich nun voll auf die Gegnerschaft zum Versailler Vertrag, dessen Unterzeichnung man verhindern wollte.³² Hierfür verstärkte der Ostdeutsche Heimatdienst seine Agitation massiv. Die gewonnenen Redner hielten unzählige Versammlungen ab. Laut einem Rechenschaftsbericht des Ostdeutschen Heimatdienstes hat man zudem zwischen Stolp [Słupsk] und Lyck [Ełk] in hundert Flügen eine Million Flugblätter abgeworfen. Insgesamt seien 66 verschiedene Flugblätter, 50 Broschüren, und 17 Plakate produziert worden.³³

Die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags am 28. Juni war jedoch unvermeidbar. Damit war die künftige räumliche Trennung Ostpreußens vom Rest Deutschlands besiegelt. Das bedeutete einen Rückschlag für den Ostdeutschen Heimatdienst, an dem sein innerer Zusammenhalt zerbrach.³⁴ Während man im Süden Ostpreußens im Bereich der Bezirksstelle Allenstein durch die Verwurzelung der Heimataktivist in ursprünglich lokalen Initiativen streng darauf achtete, alle Parteipolitik außen vor zu lassen und das gemeinsame Ziel, das Land bei Deutschland zu erhalten, Zusammenhalt schuf, dominierten in der Königsberger Zentrale die rechtslastigen Positionen. Deshalb forderten dort die „Parteien der Weimarer Koalition“ ein Kontrollrecht über den Heimatdienst ein.³⁵ Der bisherige Zentralaus-

Fakten schaffen, darf als Faktor für die Mobilisierung der Heimataktivist nicht unterschätzt werden, vgl. WRZESIŃSKI, W. *Polska – Prusy Wschodnie. Plebiscyty na Warmii, Mazurach oraz na Powiślu w 1920 roku*. Olsztyn, 2010, S. 82.

²⁹ Adolf Eichler (1877–1945) stammte nicht aus dem Abstimmungsgebiet, er kam aus der deutschen Minderheit in Lodz [Łódź], wo er während des Ersten Weltkriegs einen „Deutschen Verein“ gegründet hatte, der die Deutschsprachigen in Kongresspolen erstmals nach ethnischen Kriterien vereinnahmte (vgl. WEYRAUCH, E. *Adolf Eichler. Ein Leben für sein Volk*. Kassel, 1965, S. 6–17).

³⁰ Bericht über den Verlauf der Versammlung im Allensteiner Rathaus, 14.04.1919. APO, 263/853.

³¹ Übersicht über die Ziele und Tätigkeit des Zentralausschusses für den Ostdeutschen Heimatdienst, 4.06.1919. APO, 388/2.

³² Zentralausschuss-Politik (wie Anm. 16). APO, 388/2.

³³ Tätigkeitsbericht (wie Anm. 8). APO, 388/217.

³⁴ Dr. v. Scheubner-Richter an Regierungsrat Marks, 10.10.1919. APO, 388/67.

³⁵ EICHLER, A. *Deutschtum...*, S. 514.

schuss verlor seine Funktion und die meisten Aktivitäten des Ostdeutschen Heimatdienstes wurden eingestellt. In Südostpreußen hingegen kann man nun von einem Aufschwung der von unten organisierten Heimataktivist*innenbewegung sprechen. Die Bezirksstelle Allenstein agierte fortan unabhängig.³⁶ Dort setzten die Heimataktivist*innen alles daran, die Bevölkerung so schnell und so gründlich wie möglich national zu einen um damit das Abstimmungsergebnis vorwegzunehmen, bevor die Wahlperiode überhaupt begann.

Die Bezirksstelle Allenstein richtete dazu eine Propaganda-Dienststelle ein, deren Leitung Max Worgitzki übernahm. Für Worgitzki, einen Molkereidirektor aus Allenstein mit masurischen Wurzeln³⁷, begann damit die große Stunde seines Lebens, denn er wurde so zum Gesicht des Heimatdienstes. Er erkannte, dass die Flut an Flugblättern weitgehend ihre Wirkung verfehlte, wenn es nicht zu einer Bewegung von unten käme, welche die Menschen emotional mit den Zielen des Heimatdienstes verband. Er analysierte: „die breite Masse soll nicht nur bearbeitet werden, sondern selbst mitarbeiten. Sie soll aus einem Objekt ein tätiger Bestandteil unserer Organisation werden.“³⁸ Um dies zu erreichen, reiste Eichler den ganzen Sommer 1919 über im künftigen Abstimmungsgebiet von Ort zu Ort und gründete, unterstützt von den Kreisleitern des Ostdeutschen Heimatdienstes und seinem Netzwerk aus lokalen Vertrauensleuten, Heimatvereine. Zunächst wurde durch Aushänge, beziehungsweise Mundpropaganda zu Informationsveranstaltungen eingeladen. Dann erklärte Eichler auf diesen die Notwendigkeit vom Zusammenschluss der Bevölkerung im Hinblick auf die nahende Volksabstimmung. Schließlich präsentierte er seine Vertrauensleute als potentielle Vereinsleitung. Durch schon vorgefertigte Vereinssatzungen konnte noch an Ort und Stelle der Verein gegründet werden; die Anwesenden brauchten sich dabei nur in mitgebrachte Mitgliederlisten einzutragen und zu schwören, „die Treue zum deutschen Reiche jederzeit offen und ehrlich zu bekennen und alle vaterlandsfeindlichen Bestrebungen zu bekämpfen“.³⁹ Die Mitgliedschaft war darüber hinaus kostenlos. Der Vereinsname war immer gleich, nämlich Heimatverein sowie der Name des Ortes. Die einzelnen Vereine bildeten Kreisvereinigungen, deren Vorsitz dann ebenfalls die Kreisleiter der Bezirksstelle Allenstein übernahmen. Das Ergebnis war eine äußerst einheitliche und daher einfach kontrollierbare Struktur: Die Kreisvereinigungen schlossen sich schließlich zum

³⁶ Sitzung der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der Organisationen des Ostdeutschen Heimatdienstes, 1.11.1919. *APO*, 388/4. Allerdings behielt sie bis zum Ende der Abstimmungszeit ihren unselbständigen Namen „Bezirksstelle“. Erst im November einigten sich die unterschiedlichen Gruppen des Ostdeutschen Heimatdienstes wieder auf eine Kooperation als „Arbeitsgemeinschaft des Ostdeutschen Heimatdienstes.“

³⁷ Vgl. TRABA, R. Zur Grenzlandmentalität in Ostpreußen in der Zwischenkriegszeit. Max Worgitzki (1884–1937). *Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands*, 2002, Bd. 50, S. 91–99.

³⁸ Gründung von Heimatvereinen. *APO*, 388/106.

³⁹ Heimatbewegung (wie Anm. 10). *APO*, 388/184.

Masuren- und Ermländerbund zusammen. Worgitzki übernahm den Vorsitz dieses Bundes. Ende August 1919 soll es bereits zirka 1 050 derartige Vereine gegeben haben. Bei Jahresende hatten sie zusammen angeblich rund 207 000 Mitglieder.⁴⁰ Die Heimataktivist*innen traten jetzt nicht mehr als Vertreter des Heimatdienstes an die Öffentlichkeit, sondern in ihren Funktionen beim Masuren- und Ermländerbund. Der Ostdeutsche Heimatdienst sorgte im Hintergrund für dessen Finanzierung und betrieb Propaganda. Unter dem Namen Masuren- und Ermländerbund gab er zahlreiche Publikationen heraus, allen voran die *Ostdeutschen Nachrichten*, deren Chefredakteur ebenfalls Worgitzki war. In der ersten Ausgabe vom 24. Mai 1919 heißt es:

Die Ostdeutschen Nachrichten machen es sich zur Aufgabe, alles aufzurütteln, was Ermländer und Masuren heißt. Ist es nicht eine Beleidigung, daß man Zweifel setzt an unsere Gesinnung, daß man uns abstimmen lassen will ob wir Deutsche oder Polen sind? [...] Es muß jetzt aus sein mit der Lauheit und Gleichgültigkeit. Ein jeder erhebe seine Stimme, daß sie alle zusammen klingen wie ein Schrei: Wir sind keine Polen und wollen keine Polen sein!⁴¹

Neben betont heimattümelnden Berichten und historischen Anekdoten zur Untermauerung der Deutschheit des Ermlands und Masurens⁴², berichtete Worgitzki, der sehr gut polnisch beherrschte, in den Ostdeutschen Nachrichten in möglichst negativer Weise über Polen, indem er die polnische Tagespresse negativ wiedergab und damit das Bild eines zerrütteten und mit Problemen überhäuften Staates erzeugte, der es nur auf die deutschen zivilisatorischen Errungenschaften Ostpreußens abgesehen habe. Die Dichotomie WIR, die Ermländer und Masuren, gegen SIE die Polen, durchzieht alle Ausgaben dieser Zeitung.

Der Ermländer- und Masurenbund publizierte Anweisungen für gesellige Abende, Liederbücher, Gedichtbänder und Theaterstücke, die man bei den Treffen aufführen sollte. Vor allem Pastoren und Lehrer waren in den Vereinen aktiv. Worgitzkis Kalkül des Selbstläufereffekts ging auf. Noch im Herbst 1919 wurden überall Heimatfeste abgehalten, die einem festen Schema folgten und die die Bevölkerung emotional einnahmen.⁴³

Im Angesicht des freien und gleichen Wahlrechts konnte keine einheimische Stimme verschenkt werden. Bewusst wurde daher alles vermieden, was Evangelische, Katholiken und Juden unterschied. Durch eine konsequente Gleichstellung schuf der Heimat-

⁴⁰ EICHLER, A. Deutsche Organisationen im ostpreußischen Abstimmungsgebiet. *Das Vereinsleben. Mitteilungsblätter des deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen*, 1.02.1920, Nr. 1.

⁴¹ WORGITZKI, M. [ohne Titel]. *Ostdeutsche Nachrichten*, 24.05.1919, Nr. 1. Worgitzki legt hier als Herausgeber die Ziele der neuen Zeitung dar.

⁴² Vgl. *Masuren und Ermland*: Sonderheft zur Abstimmung. Hrsg. vom Masuren- u. Ermländerbund. Allenstein, 1920.

⁴³ Vgl. *Treu der Heimat! Eine Sammlung von Reden, Vorsprüchen und Vortrags-Gedichten für Heimat-Feste*. Hrsg. von der Hauptstelle des Masuren- und Ermländerbundes. Allenstein, 1920.

dienst in Allenstein eine Gemeinschaftsbasis, in der es scheinbar keine Standes- und Parteiunterschiede gab. Jedem und jeder Einzelnen sollte das Gefühl vermittelt werden, gleichwertiger und wichtiger Bestandteil einer Volksgemeinschaft zu sein.⁴⁴ Man stellte die Polen als eindringende Fremde dar, die die Heimat bedrohen. Ihnen wurde das Konzept eines kulturellen Deutschtums der polnischsprachigen Ermländer und Masuren gegenübergestellt. Damit wurde ein klares Freund-Feind-Schema geschaffen.

IV.

94

Bereits im Dezember 1919 waren die Heimataktivisten siegessicher. In einem Memorandum für eine britische Delegation, die zur Einrichtung des Abstimmungsgebiets angereist war, schreibt Worgitzki, dass er mit einem Wahlergebnis von über 90% für Deutschland rechne.⁴⁵ Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch propolnische Stimmen gab. Diese waren allerdings nahezu ausschließlich im Kreis Allenstein und in Ortschaften, wo auch die beiden polnischen Zeitungen *Gazeta Olsztyńska* und *der Mazur* erschienen. Jegliche Abstimmungsvorbereitungen der Polen wurden jedoch bis zum Eintreffen der alliierten Besatzer von der deutschen Verwaltung unmöglich gemacht.

Dies änderte sich erst, als am 10. Januar 1920 der Versailler Vertrag in Kraft trat. In dessen Folge wurde das Abstimmungsgebiet in den ersten Februartagen von englischen und italienischen Soldaten förmlich besetzt. Eine Interalliierte Kommission, bestehend aus Briten, Franzosen, Italienern und Japanern, übernahm die Kontrolle. Sie hatte die Aufgabe, das Plebiszit vorzubereiten und für Chancengleichheit zwischen Polen und Deutschen zu sorgen. Die polnische Wahlorganisation, die sich nun bildete, hatte jedoch ernsthafte Probleme, Einheimische zu rekrutieren. In fast allen Orten begegnete man ihr gereizt bis feindselig. Das von Anfang an vom Heimatdienst erzeugte Bild, das Plebiszit sei eine von außen durch die Polen aufgezwungene Aggression, gegen welche sich die Einheimischen verteidigen müssten, bewirkte, dass es zwischen Januar und April 1920 zu einigen ersten Zusammenstößen zwischen Polen und Deutschen kam, wobei meist polnische Wahlveranstaltungen von Randalierern gestört wurden.⁴⁶ Darum holte der polnische Generalkonsul zum Schutz seiner Wahlwerbeveranstaltungen die so genannte *Straż Mazurska* [masurische Wache]⁴⁷ ins Land. Die Anwesenheit der waffentragenden polnischen Wachleute be-

⁴⁴ Heimatvereinsgründung (wie Anm. 38). APO, 388/106. Vgl. EICHLER, A. *Deutschtum...*, S. 514.

⁴⁵ WORGITZKI, M. *The Plebiscite Territory of Masuren and Ermland. A Memorial Essay*. Allenstein, 1919, pp. 5–6; vgl. BLANKE, R. Op. cit., S. 155.

⁴⁶ Vgl. WAMBAUGH, S. *Plebiscites since the World War: with a collection of official documents*. Vol. 1. Washington, D.C., 1933, pp. 124–127.

⁴⁷ Die *Straż Mazurska*, gelegentlich auch *Straż Mazowiecka* genannt, bestand aus Freiwilligen aus Masowien und Großpolen, die durch polnische Offiziere befehligt wurden. Die deutsche Verwaltung war durch

stätigte auf willkommene Weise die Propaganda der Heimataktivist*innen, welche seit Monaten vor so genannten Bojówkas, polnischen Schlägertrupps, warnten.⁴⁸ Somit wurde verdeckt, dass es gerade ihre, auf die Weckung von Emotionen aufbauende Agitation gewesen war, die die Eskalationen ausgelöst hatte.

In den Monaten vor der Abstimmung hatte der Ostdeutsche Heimatdienst endgültig sein Ziel erreicht. Was bei Kriegsende als Debatte innerhalb einer kleinen deutschsprachigen Elite begann, war ein nationaler Konflikt geworden, der alle Schichten der Bevölkerung erfasste. Dies wird besonders durch einen Grenzzwischenfall bei Alt-Czymochan [Stare Cimochy] illustriert: Als sich deutsche Grenzbeamte und ein britischer Kontrolloffizier eines Tages mit ihren Kollegen zu einem Arbeitsausklang auf polnischer Seite trafen und den Abend später wodkaartig in einer Dorfkneipe auf deutscher Seite ausklingen ließen, entbrannte ein handfester Streit mit anwesenden masurischen Dorfbewohnern. Als der beteiligte Kommissar Wilke erklärte, „die Polen sind nette Leute“ sowie „der Krieg ist vorüber, wir sind Kameraden“ empörten sich die Masuren laut des anschließenden Polizeiberichts: „Wir sind und bleiben Deutsche und lassen uns nicht an die Polen verkuppeln“ und zeigten ihn unter nationalistischem Getöse an. Daraufhin wurde er strafversetzt.⁴⁹

Die offensichtliche Chancenlosigkeit der Polen bei der Wahl war auch den alliierten Vertretern schnell klar geworden, daher taten sie alles, um die Abstimmung möglichst schnell und konfliktfrei über die Bühne zu bringen. Im Mai 1920 setzte die Alliierte Kontrollkommission den Wahltermin auf den 11. Juli fest, woraufhin die Polen die Wahlvorbereitungen boykottierten. Erst wenige Wochen vor der Abstimmung gaben die Polen ihren Boykott auf. Bis dahin hatte der Heimatdienst bereits alle lokalen Wahlkommissionen mit eigenen Leuten besetzt. Auf diese Weise konnte er in Sammelanmeldungen 128 000 zusätzliche Abstimmungsberechtigte aus Westdeutschland in die Wahllisten aufnehmen, und ihnen damit die umständliche individuelle Anmeldung zur Wahl ersparen.⁵⁰

Gerade die auswärtigen Abstimmungsberechtigten, waren ein enormer zusätzlicher Motivationsfaktor für das Engagement in lokalen Heimatvereinen. Die Ankunft der ausgewanderten Verwandten und ehemaligen Nachbarn in ihren Heimatdörfern, wurde geradezu inszeniert. Festwochen wurden organisiert und die Abstimmung als Volksfest. Die Wahl wiederum artete an nicht wenigen Orten in Gruppenzwang aus, da die Heimataktivist*innen wochenlang die Menschen bearbeiteten, unbedingt wählen

Geheimdienstinformationen sehr genau über die tatsächlichen Zusammenhänge dieser Organisation informiert. Vgl. Masuren-Wehr. Straz Mazowiecka, 22.06.1920. APO, 4/6366.

⁴⁸ Beispielsweise in den *Ostdeutschen Nachrichten*, 21.04.1920: Bojuwka – die Polnische Organisation der Gewalt.

⁴⁹ Zu dem Bericht des Grenzkommissar Wilke, 10.05.1920. APO, 4/6366.

⁵⁰ Vgl. WAMBAUGH, S. Op. cit., pp. 116–129. Laut Artikel 95 waren neben den Ortsansässigen auch diejenigen Wahlberechtigt, die in den Abstimmungsorten geboren wurden.

zu gehen. So erreichte die ortsansässige Bevölkerung eine Wahlbeteiligung von 96%. Das Plebiszit vom 11. Juli 1920 fiel mit 97,86% mehr als eindeutig aus. Von 1704 Gemeinden gab es lediglich in neun Dörfern eine Mehrheit für Polen.⁵¹

Mit diesem Wahlergebnis hatten die Heimataktivist*innen einen glänzenden Sieg errungen. Dies geschah aber auf Kosten der bis zum Ersten Weltkrieg im Alltag gelebten ethnischen Vielfalt und Toleranz. Die Heimatvereinstaktik mit ihrer unbedingten volkstumpolitischen Überparteilichkeit engte die Identitätsoptionen so sehr ein, dass ein „dritter Weg“, etwa der eines eigenständigen Masurentums, gesellschaftlich ausgeschlossen wurde.⁵²

Schlussfolgerungen

96

1. Zwischen der deutschen Kriegsniederlage und dem Plebiszit, welches sich als Konsequenz aus den polnischen Friedensforderungen ergab, vollzog sich in Ostpreußen die entscheidende Entwicklung hin zum ethnischen Nationalismus.
2. Es war eine kleine Gruppe von Heimataktivist*innen, von welcher diese massenhafte ethnischen Nationalisierung und Vereinheitlichung maßgeblich ausging.
3. Innerhalb kürzester Zeit entstand eine Polarisierung zwischen *deutsch* und *fremd*, die dann nicht wieder rückgängig gemacht werden konnte.

Eine vereinheitlichende Ethnisierung und Polarisierung der Bevölkerung hatte sich vollzogen. Der neu entstandene polnische Staat blieb die ganze Zwischenkriegszeit über das Feindbild, der Störenfried, der potentiell die Heimat und damit das gewohnte Lebensumfeld bedrohte und gegen den es sich vortrefflich mobilisieren ließ. Ein Schreckgespenst, das die Weimarer Jahre über die Daseinsberechtigung für die Weiterexistenz des Ostdeutschen Heimatdienstes werden sollte. Die Mitglieder des Königsberger Ursprungsheimatdienstes desavouierten sich im Kapp-Putsch endgültig vor der Reichsregierung⁵³. Der harte Kern des Allensteiner Heimatdienstes gründete im August 1920 einen eigenen Verein. Mindestens bis 1923 existierten noch zahlreiche Heimatvereine, der Heimatdienst bestand noch bis 1933 weiter. Alljährliche Abstimmungsgedenkfeiern mobilisierten die Bevölkerung⁵⁴ und zahlreiche so genannte Abstimmungssteine zeugen zum Teil bis heute vom jeweiligen Abstimmungsergebnis im Ort.

⁵¹ *Documents on British Foreign Policy 1919–1939*. Series I. Vol. 10. Ed. by R. BUTLER, J.P.T. BURY. London, 1960, No. 634 (14.08.1920): General Report on the Allenstein Plebiscite Vote.

⁵² Vgl. KOSSERT, A. Op. cit., S. 227–230, Zitat auf S. 227.

⁵³ Betrifft Ostdeutschen Heimatdienst, soweit er in Ostpreußen tätig ist, 6.10.1920. *Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz*, Berlin (fortan *GStAPK*), XX. HA, Rep. 2 II, Nr. 4300; sowie Brief an Oberpräsident Siehr, 5.05.1920. *GStAPK*, XX. HA, Rep. 2 II, Nr. 4301.

⁵⁴ Vgl. TRABA, R. *Ostpreußen...*, S. 423–452.

Liste der in dem Artikel zitierten Studien

- BLANKE, Richard. *Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871*. Köln u.a., 2001.
- BRUENDEL, Steffen. *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Idee von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*. Berlin, 2003.
- ERFURTH, Waldemar. *Die Geschichte des deutschen Generalstabes von 1918–1945*. Berlin, Frankfurt, 1957.
- KOSSERT, Andreas. *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956* (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien, Bd. 12). Wiesbaden, 2001.
- LEVERKUEHN, Paul. *Posten auf ewiger Wache. Aus dem abenteuerlichen Leben des Max von Scheubner-Richter*. Essen, 1938.
- NAMOWICZ, Tadeusz. Die Grenze zu Polen. Richard Skowronneks „ostpreußische Romane“. In NAMOWICZ, Tadeusz; GOLEC, Izabella. *Literatur im Kulturgrenzraum*. Bd. 3. Lublin, 1997, S. 19–38.
- SCHULZE, Hagen. Der Oststaat-Plan 1919. *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 1970, Jhg. 18, Hf. 2, S. 123–163.
- TRABA, Robert. *Ostpreußen – die Konstruktion einer deutschen Provinz. Eine Studie zur regionalen und nationalen Identität 1914–1933* (Klio in Polen, Bd. 12). Osnabrück, 2010.
- TRABA, Robert. Zur Grenzlandmentalität in Ostpreußen in der Zwischenkriegszeit. Max Worgitzki (1884–1937). *Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands*, 2002, Bd. 50, S. 91–99.
- WAMBAUGH, Sarah. *Plebiscites since the World War: with a collection of official documents*. Vol. 1. Washington, D.C., 1933.
- WEYRAUCH, Edmund. *Adolf Eichler. Ein Leben für sein Volk*. Kassel, 1965.
- WILDT, Michael. Volksgemeinschaft. Version: 1.0. In *Docupedia-Zeitgeschichte*, URL: <http://docupedia.de/zg/> [Stand 3.06.2014].
- WRZESIŃSKI, Wojciech. *Polska – Prusy Wschodnie. Plebiscyty na Warmii, Mazurach oraz na Powiślu w 1920 roku*. Olsztyn, 2010.

OSTDEUTSCHER HEIMATDIENST AND THE PLEBISCITE IN EAST PRUSSIA. THE BEGINNING OF THE END OF PEACEFUL COEXISTENCE?

Stefan Thierfelder

Summary

In October 1918, when Poland started making territorial claims on East Prussia, at the initiative of Ober-President of the province Adolf von Batocki, a special committee was formed in Königsberg to prepare a reasoned response to the claims. In January 1919, the *Ostpreußischer Heimatdienst* (East Prussian Homeland Guard) was formed, with the aim of fighting against 'internal and external Bolshevism' and the 'Great Lithuanian and Great Polish threat'. Since the spring of 1919, an organisation called the *Zentralausschuss für den Ostdeutschen Heimatdienst* (Central East German Homeland Guard Committee) functioned like a 'hat', under which attempts were made to unite different propaganda organisa-

tions of a civilian or military origin. To avoid evoking mistrust among the Allies, it publicly identified itself as a private initiative; however, in fact, it was financed from public funds.

In the first half of 1919, the principal objective of the Homeland Guard's activity was to take preventive action against Bolshevik propaganda, which could allegedly be disseminated by German soldiers returning from the Eastern front. This allowed the organisation to expand its activities from Königsberg, where it was initially concentrated, over all the province. On 7 May, after the Allies presented conditions for peace to Germany, anti-Bolshevik propaganda in the activities of the organisation retreated into the background: it focused on promoting hostility to the Treaty of Versailles, in the hope to stop it being signed. During that period, propaganda by the Homeland Guard was carried out on a massive scale. After the Treaty of Versailles was signed, activists of the Homeland movement made attempts to influence the population in two southeastern districts of the province: in accordance with the conditions of the treaty, a plebiscite was to be held there to find out whether they preferred to remain part of East Prussia or to join Poland. The new aim of the activists' activity was the prompt and reliable nationalist engagement of the population in the districts before the plebiscite was held.

98

In the Allenstein governmental district, a special propaganda unit of the Homeland Guard was set up, whose head, Max Worgitzki, soon became the face of the whole movement. He no longer expected to achieve the goal set by leaflets dropped from the air, but rather tried to introduce each resident to the aims of the organisation, and thus involve them. All through the summer of 1919, trips were made from one place to another, all over the area of the prospective plebiscite, and oral propaganda events were organised. These activities were supported by the counties' leaders, and local trustees of the Homeland Guard. Moreover, most societies that were active in the counties were joined into one Warmian-Masurian Union (*Masuren- und Ermländerbund*), with Worgitzki himself as its chair. All the propaganda activities took place on behalf of this Union, which included 1,050 societies at the end of August 1919, and around 207,000 members by the end of the year; while the Homeland Union, having retreated into the background, supported it with financial and propaganda resources. Mass publications were distributed on behalf of the Union, including the most important paper, *Ostdeutsche Nachrichten*, edited by Worgitzki.

As early as December 1919, Homeland Union activists were sure that the population in the plebiscite area would vote to remain with Germany. The obvious absence of Poland's chances of winning the plebiscite was also recognised by the Allies' representatives, who only sought to hold it as soon as possible and to avoid any possible conflict. When in May 1920, the Allied Control Commission set 11 July as the date of the plebiscite, the Poles initially announced that they were going to boycott the vote; however, they changed their decision just before the date set. During that time, the Homeland movement's activists occupied places on almost all local election commissions. The outcome of the plebiscite, with a turnout of 96%, was the following: 97.86 % were in favour of Germany, while a majority in only nine villages voted for alignment with Poland.

The preparations for the plebiscite showed that in the period from 1918 to 1920, essential changes took place in East Prussia in the nationalisation of the community on an ethnic basis. The levelling of nationalisation and identities was basically caused by a small group of the Homeland movement's activists. Due to their efforts, over a very short period of time, a

clear polarisation was implemented in the region between the *German* and the *alien*, which could no longer change by returning everything to the situation before the plebiscite.

After the unifying ethnicisation and polarisation of the population, during all the interwar period, the newly created Polish state was assigned the image of an 'enemy' and a 'disturber of peace', which was allegedly a potential threat to Germany, and against which the mobilisation of the East Prussian population should be continued. This justified the existence of the Homeland Guard. Even though after the Kapp putsch (March 1920) the government denied further support to the founders of the organisation from Königsberg, the Allenstein nucleus of the Homeland Guard set up a separate union in August 1920. At least before 1923, a number of Homeland movement unions existed in East Prussia, while the Homeland Guard itself remained active until 1933. Annual commemorations of the victory achieved in the plebiscite allowed for the mobilisation of the general public, and up to the present day, numerous plebiscite memorial stones testify to the results of the decisive plebiscite that was once held.

OSTDEUTSCHER HEIMATDIENST IR PLEBISCITAS RYTŲ PRŪSIJOJE. TAIKAUS SUGYVENIMO PABAIGOS PRADŽIA?

Stefan Thierfelder

Santrauka

1918 m. spalio mėn. Lenkijai aiškiai pradėjus reikšti teritorines pretenzijas į Rytų Prūsijos teritoriją, provincijos oberprezidento Adolfo von Batockio iniciatyva Karaliaučiuje buvo suburtas specialus komitetas, šioms pretenzijoms turėjęs parengti argumentuotą atkirtį. Iš komiteto ir kitų grupuočių 1919 m. sausio mėn. susibūrė vadinamasis *Ostpreußischer Heimatdienst* (Rytų Prūsijos tėviškės sargyba), iškėlęs tikslą kovoti su „vidiniu ir išoriniu bolševizmu“ bei „didlietuvišku ir didlenkišku pavojumi“. Nuo 1919 m. pavasario organizacija, pavadinta Centrinio Rytų Vokietijos tėviškės sargybos komitetu (*Zentralausschuss für den Ostdeutschen Heimatdienst*), funkcionavo tarytum „kepurė“, po kuria bandyta suvienyti įvairias civilinės ir karinės kilmės propagandines organizacijas. Siekiant nesukelti sąjungininkų nepasitikėjimo, viešai ji prisistatė kaip privati iniciatyva, tačiau iš tiesų buvo finansuojama valstybės lėšomis.

1919 m. pirmąją pusę pagrindinė „Tėviškės sargybos“ veiklos užduotis buvo prevenciniai veiksmai prieš komunistinę agitaciją, kurią Rytų Prūsijoje esą galėjo skleisti grįžtantys iš Rytų fronto Vokietijos kariai. Ši veikla leido organizacijai išplėsti savo veiklą iš Karaliaučiaus, kur ji iš pradžių koncentravosi, po visą provinciją. Gegužės 7 d. sąjungininkams įteikus Vokietijai taikos sąlygas, antibolševikinė agitacija organizacijos veikloje pasitraukė į antrą planą, ir ji susikoncentravo į priešiško Versalio sutarčiai propagavimą, tikėdamasi, kad pavyks išvengti jos pasirašymo. Šiuo periodu „Tėviškės sargybos“ agitacija jau tapo masinė. Pasirašius Versalio sutartį, „Tėviškės“ judėjimo aktyvistai Rytų Prūsijoje ėmė

siekti paveikti gyventojus dviejose pietrytinėse provincijos apygardose: jose, pagal Taikos sutarties sąlygas, turėjo būti surengtas gyventojų plebiscitas dėl to, ar jie nori likti Rytų Prūsijos sudėtyje, ar prisijungti prie Lenkijos. Naujuoju aktyvistų veiklos tikslu šiuo etapu tapo kuo greičiau ir patikimiau nacionalistiškai angažuoti tų apygardų gyventojus dar iki plebiscito įgyvendinimo.

Alenštaino apygardoje buvo įsteigtas specialus „Tėviškės sargybos“ propagandos padalinys, kurio vadovu tapęs Maxas Worgitzkis greitai virto judėjimo veidu. Iškelta tikslą jis norėjo pasiekti nebe iš oro mėtomomis skrajutėmis, bet suartindamas su organizacijos tikslais kiekvieną gyventoją, pastarajam tampant bendradarbiu. Visą 1919 m. vasarą būsimoje plebiscito teritorijoje buvo važinėjama iš vienos vietos į kitą, organizuojami žodinės propagandos renginiai. Šią veiklą rėmė apskričių vadovai ir „Tėviškės sargybos“ patikėtiniai vietose. Maža to, daugelis apskrityse veikusių draugijų buvo sujungta į vieną „Mozūrų ir varmiečių sąjungą“ (*Masuren- und Ermländerbund*), kurios pirmininku tapo pats M. Worgitzkis. Būtent šios sąjungos, 1919 m. rugpjūčio pab. jau vienijusios apie 1 050 draugijų, o metų pabaigoje turėjusios apie 207 tūkst. narių, vardu dabar vyko visa propagandinė veikla, kurią užnugarin pasitraukusi „Tėviškės sargyba“ rėmė finansiniais ir propagandiniais ištekliais. Sąjungos vardu buvo platinami masiniai leidiniai, iš kurių svarbiausias buvo taip pat M. Worgitzkio redaguojamas laikraštis *Ostdeutsche Nachrichten*.

Jau 1919 m. gruodžio mėn. „Tėviškės“ judėjimo aktyvistai buvo įsitikinę, kad plebiscito srityje gyventojai balsuos už likimą Vokietijos sudėtyje. Akivaizdų lenkų galimybių laimėti plebiscitą nebuvimą pripažino ir sąjungininkų atstovai, siekę jį įgyvendinti kuo greičiau ir sukeltiant kuo mažiau konfliktų. 1920 m. gegužės mėn. sąjungininkų kontrolės komisijai nustačius plebiscito datą – liepos 11-ąją, lenkai iš pradžių paskelbė boikotuosiantys šį balsavimą, nors prieš pat numatytą dieną šį sprendimą atšaukė. Per tą laiką „Tėviškės sargybos“ aktyvistai užėmė vietas beveik visose vietinėse rinkimų komisijose. Plebiscito, kuriame rinkėjų aktyvumas pasiekė 96 proc., rezultatas – 97,86 proc. balsavusiųjų pasisakė už Vokietiją, tik devyniuose kaimuose dauguma balsavo už priskyrimą prie Lenkijos.

Pasirengimas plebiscitui rodo, kad 1918–1920 m. Rytų Prūsijoje įvyko esminių pokyčių etniniu pagrindu nacionalizuojant visuomenę. Šį nacionalizavimą ir tapatybių niveliavimą iš esmės sukėlė nedidelė „Tėviškės“ judėjimo aktyvistų grupelė. Būtent jos pastangomis per itin trumpą laiką regione buvo įdiegta aiški poliarizacija tarp vokiško ir svetimų, kurios pakeisti, grąžinant viską į situaciją iki plebiscito, jau nebebuvo įmanoma.

Įvykus unifikuojančiai gyventojų etnizacijai ir poliarizacijai, su naujai sukurta Lenkijos valstybe visą tarpukarį buvo siejamas vaizdinys „priešo“ ir „ramybės trikditojo“, kuris esą potencialiai grėsė tėviškei ir prieš kurį toliau buvo galima mobilizuoti Rytprūsių gyventojus. Tai pateisino tolesnį pačios „Tėviškės sargybos“ egzistavimą. Nors po Kappo pučo (1920 m. kovo mėn.) vyriausybė išsižadėjo paramos organizacijos steigėjams iš Karaliaučiaus, Alenštaino „Tėviškės sargybos“ branduolys 1920 m. rugpjūčio mėn. įsteigė atskirą draugiją. Bent iki 1923 m. Rytų Prūsijoje egzistavo daugybė „Tėviškės“ judėjimo draugijų, o pati „Tėviškės sargyba“ liko aktyvi iki 1933-ųjų. Kasmetiniai plebiscite pasiektos pergalės minėjimai leido jai mobilizuoti visuomenę, o daugybė vadinamųjų plebiscito atminimo akmenų iš dalies iki šiandien liudija kadaise įvykusios lemiamos apklausos rezultatus.